

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIV/179

Bonn, den 19. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

---

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 1a	<u>Vorhandeln, kapitulieren oder schießen?</u> Auf die Verunft kommt es an	63
2 - 3	<u>Der Verband Deutscher Studentenschaften</u> Die erste vom SDS ruinierte Institution? Von Dr. Josef Benzinger	61
4	<u>Der Fall Jürgen May</u> Klärung der Rechtslage erforderlich	43
5	<u>Spaniens großer Bildungsrückstand</u> Eine Million Kinder ohne Schule Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	43

Verhandeln, kapitulieren oder schießen?

Auf die Vernunft kommt es an

- \* "Wer nicht schießen will, muß reden. Also sprechen auch \*
- \* wir mit den Russen. Dabei muß ich mich in einer Hinsicht"
- \* schuldig bekennen: In den dreißig Monaten meiner Amtstä-
- \* tigkeit als Außenminister habe ich in der Tat nicht Hit-
- \* lers Krieg nachträglich gewinnen können. Ich habe auch \*
- \* nicht alle Barrieren abbauen können, die - zusätzlich zu"
- \* östlicher Sturheit - in siebzehn Jahren der CDU-CSU-Re-
- \* gierung in Bonn aufgebaut worden sind."

Bundesaußenminister Willy B r a n d t  
am 18. September 1969 in München

sp - Die Wahlreden des CDU-Vorsitzenden Kurt Georg Kiesinger und des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zeigen mit dem Näherücken des Wahltermins immer deutlicher, worauf es diesen Herren anzukommen scheint: Auf den Versuch, die Bürger unseres Landes von der Tatsache abzulenken, daß sie selbst in der Regierungserklärung der Großen Koalition die Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn auf der Grundlage der Erhaltung und Festigung unserer Freundschaft zum Westen als das oberste Ziel der deutschen Politik anerkannt haben.

Die Reden von Kiesinger und Strauß unterstellen gerade in dieser Frage der Sozialdemokratie und dem sozialdemokratischen Außenminister Willy Brandt, das beharrliche Bemühen um den Abbau der Spannungen zwischen Ost und West sei "illusionär und gefährlich". Wenn Strauß sich unbeobachtet fühlt, spricht er sogar von einem "Verzicht auf die Wahrung deutscher Interessen".

Lassen wir alle Emotionen beiseite, fragen wir uns ganz kühl, welche Politik die Bundesrepublik Deutschland machen könnte, um eine nach menschlichem Ermessen vernünftige Lösung der nationalen

Probleme unseres gespaltenen Volkes erzielen zu können.

Kein normaler Mensch wird von einer deutschen Regierung erwarten, daß sie Gewalt anwendet, um die grausige Erbschaft des "Tausendjährigen Reiches" liquidieren zu können. Schon der Versuch hierzu oder die Drohung von Gewaltanwendung würde ganz Europa und damit Deutschland in ein einziges Trümmerfeld verwandeln. Es gibt keine Macht der Welt, die bereit wäre, deutsche Gewaltpolitik hinzunehmen.

Wir können von der Voraussetzung ausgehen, daß selbst Leute, die jetzt in Wahlversammlungen so reden wie Herr Strauß und manchmal auch Herr Kiesinger, das alles genauso wissen wie wir.

Kapitulieren? - Niemand in Deutschland will deutsche Politik mit dem Vorzeichen der Kapitulation im materiellen und geistigen Sinne. Nach wie vor sind sich die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik darüber einig, daß ein demokratisches und friedliebendes Deutschland ohne Aufgabe der nationalen Würde in der Deutschlandfrage nur vorankommen wird, wenn wir überall in der Welt Mißtrauen abbauen und Vertrauen gewinnen. Durch Kapitulation würden wir nur neues Mißtrauen säen, weil die Aufgabe der nationalen Würde eines Volkes von anderen Völkern selbstverständlich nicht als ein freier Willensakt, sondern als eine Selbsterniedrigung betrachtet werden würde. Durch Selbsterniedrigung schafft man sich nicht Vertrauen und noch weniger Freunde.

Wer also nicht schießen und nicht kapitulieren will, muß verhandeln. Er muß mit dem, der starke Trümpfe in der Hand hält, reden. Er muß ihn immer wieder zu überzeugen versuchen, daß auch *s e i n e* Interessenslage die Aussöhnung mit dem deutschen Volk erfordert.

Zugegeben, dieser Weg ist mühselig. Zwei deutsche Außenminister haben ihn nach dem Ersten Weltkrieg zu gehen versucht. Der eine hieß Walter *R a t h e n a u*. Er wurde von verblendeten Nationalisten ermordet. Der andere hieß Gustav *S t r e s e m a n n*. Ihn quälten Nationalisten und andere Volksbetrüger mit dem Schimpfwort "Verzichtspolitiker" zu Tode. Die deutsche Sozialdemokratie verbürgt sich dafür, daß einem dritten deutschen Außenminister nicht das gleiche Schicksal widerfahren wird.

Lügen, Verleumdungen und bössartige Unterstellungen werden an der geschlossenen Abwehr der Vernünftigen in unserem Volk zerbrechen.

Der Verband Deutscher Studentenschaften

Die erste vom SDS ruinierte Institution?

Von Dr. Josef Benzinger

Dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) ist in der vergangenen Woche die Erkenntnis gekommen, daß eine "Funktionalisierung des Verbandes für die praktischen Belange der Studentenbewegung", d.h. die Umwandlung des VDS in einen sozialistischen Kampfverband nicht möglich ist. Der VDS-SDS-Vorstand hat daraus die Konsequenzen gezogen und die Auflösung des Verbandes empfohlen. Diese Taktik war spätestens seit der letzten Mitgliederversammlung in Göttingen offenkundig.

Wußten die Wähler von Eckardt, Heer, Wolff und Wolf, daß sie auf dieser Versammlung einen Liquidationsausschuß bestimmten? Es spricht vieles dafür, daß sie es nicht wußten. Man vertraute vielmehr auf die neue Organisationsstruktur und die darin theoretisch vorhandenen Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Verbandsspitze. Der SDS-Vorstand, so war zu hören, würde zwangsläufig in Kürze abwirtschaften. Was dieser dann auch zielstrebig tat. Die Gelder flossen mit rasanter Geschwindigkeit in SDS-kontrollierte Basisgruppenprojekte, die Einnahmen konnten damit nicht mehr Schritt halten, weil selbst im VDS verbliebene ASLen sich weigerten, Geld, das sie selbst dringend benötigen, in Projekte zu investieren, die nur sehr bedingt mit der Vertretung studentischer Interessen zu tun haben. Die u.a. vom SHB geforderte außerordentliche Mitgliederversammlung wird somit nur noch über eine kleine Konkursmesse zu befinden haben.

Man fragt sich angesichts dieser Entwicklung, wer mehr zur Desorganisation der Studentenschaft beigetragen hat, der VDS-Vorstand oder diejenigen Hochschulgesetze, in welchen die Auflösung der Zwangskörperschaft Studentenschaft vorgesehen ist. So viel jedenfalls ist sicher: Eine wirkungsvolle Vertretung studentischer Interessen gibt es derzeit nicht. Von den 110 Studentenvertretungen deutscher Hochschulen gehören nur noch etwas mehr als 60 Mitglieder dem VDS an; sechs Studentenschaf-

ten haben sich in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften (ADS) zusammengeschlossen; der Rest, d.h. knapp die Hälfte ist nicht mehr in einem Dachverband vertreten.

Die Haltung der politischen Studentengruppen ist uneinheitlich. Die ADS wird vom RCDS und von der DSU unterstützt. Das sogenannte "linke Kartell", SDS, SHB, LSD, HSU sowie die Evangelische Studentengemeinde (ESG) hält mehrheitlich am VDS fest. Die Attraktivität der ADS läßt zu wünschen übrig: Nach wie vor steht sie in dem Ruf, die Bravsten der Braven zu vereinen (was keineswegs den Tatsachen entspricht). Unter den derzeitigen Umständen ist diese emotionale Barriere kaum zu überwinden: man schimpft viel über den SDS und seine undemokratischen Praktiken, wagt es aber nicht, sich in aller Öffentlichkeit von dieser Gruppe zu distanzieren. Vorwände zur Solidarisierung sind genug vorhanden, neue werden bedauerlicherweise laufend geliefert.

Daß sich die kritische Studentenschaft diesen Zynismus vom SDS bieten läßt, erscheint verwunderlich. Der SDS nämlich hat es meisterhaft verstanden, die notorische studentische Unfähigkeit zur Organisation zur Kaschierung eigener organisatorischer Schwierigkeiten auszunützen. Auch in der Studentenschaft werden Radikale nicht so ernstgenommen, wie es notwendig wäre; man unterschätzt ihre Entschlossenheit, einen totalen Scherbenhaufen zu hinterlassen.

Es ist zweifelhaft, ob die kommende Mitgliederversammlung des VDS der Empfehlung der Verbandsspitze folgen wird. Eine Bankrotterklärung des SDS, welche hier zum wiederholten Male abgegeben wurde, ist nicht notwendigerweise mit einem endgültigen Verzicht auf studentische Interessenvertretung gleichzusetzen. Immerhin wird es der Verband schwer haben, sich von diesem finanziellen und organisatorischen Fiasko zu erholen. Zu hoffen bleibt, daß sich die Vernunft im VDS selbst und in den politischen Studentenverbindungen wieder durchsetzt. Gerade jetzt braucht die deutsche Studentenschaft eine handlungsfähige Vertretung, die nicht von Leuten gelähmt wird, welche den VDS als Kompensationsinstrument für ihre persönlichen Frustrationen betrachten.

+ + +

### Der Fall Jürgen May

#### Klärung der Rechtslage erforderlich

E.D.Sch. - Die DDR-Presse zeigte sich schockiert über die Reaktion des DLV-Teams bei den Leichtathletik-Europameisterschaften in Athen, das aus sportlich-menschlicher Verbundenheit mit passivem Widerstand seinen Unmut über die politisch angereicherten Verbands-Querselen zum Ausdruck brachte. Doch die DDR-Allgewaltigen sahen in dem Fall Jürgen May, der einmal mehr die beispiellose Situation Deutschlands dokumentiert, eine willkommene Gelegenheit, ihr Donner-Vokabular gegen die Ausrichtung der Olympischen Spiele 1972 in der Bundesrepublik erneut anzureichern.

Nach der DDR-Symbol-Regelung bei internationalen Sportveranstaltungen in der Bundesrepublik scheint es, als verlagerten die Verbandsvertreter der DDR ihr Sport-Polit-Kampffeld jetzt endgültig von der Bühne der Föderationen und des IOC in die Kabinen der Aktiven, setzen zielgerecht ihren Kampf gegen mögliche Kontakte von Sportlern beider Teile Deutschlands bei Sportveranstaltungen fort. Die Bezeichnung vom "Verräter May" läßt erkennen, daß eine Flucht in die Bundesrepublik für einen deutschen Sportler aus Jena, Erfurt oder Leipzig nach dem Willen der Ostberliner Regierung gleichzeitig den sportlichen k.o. bedeuten soll.

Die bundesdeutschen Sportverbände, die die aus der Spaltung Deutschlands resultierenden Zwischenfälle seit Jahren mit staatsbürgerlichem Bewußtsein ertragen haben, glaubten auch diesmal, daß wie so oft ein Querschuß aus Richtung DDR an Ort und Stelle zu klären sei. Diesmal wurde freilich der Glaube an sportliche Toleranz, Fairneß und der Rücksichtnahme der IAAF auf die besondere innerdeutsche Rechtssituation zum Verhängnis. Über die Teilnahme Jürgen Mays beim Erdteilkampf Europa gegen die USA ärgerte man sich auf Ostberliner Seite zunächst noch im stillen Kämmerlein, auf dem Olympischen Boden Athens wollten sich die DDR-Sport-Polit-Funktionäre dann jedoch einen recht unsportlich errungenen Lorbeerkrantz sichern. Einen möglichen Rückzug der bundesdeutschen Athleten einkalkulierend, erblickte man durch den hochgespielten Fall Jürgen May die Chance, den Alleinvertretungsanspruch einmal in umgekehrter Weise zu praktizieren. Daß die Sportler dabei die Opfer wurden, scheint Ostberlin unberührt zu lassen.

Berücksichtigt man, daß die "Drei-Jahres-Bestimmung" der IAAF einstweils ein Damm gegen den Einsatz von Athleten aus den Kolonien Englands und Frankreichs in den Mannschaften der Franzosen und Engländer bilden sollte, so ist es für den DSB und seine Fachverbände eine dringende Notwendigkeit, auf der Grundlage, daß die Bundesrepublik und die DDR untereinander kein Ausland sind, eine unzweifelhafte Klärung der Rechtssituation in den internationalen Föderationen herbeizuführen.

+ + -

## Spaniens großer Bildungsrückstand

### Eine Million Kinder ohne Schule

Von unserem MD-1-Korrespondenten in Madrid

Es wirkte fast symbolhaft, als die Perserprinzessin Ashraf im spanischen Santiago de Compostela den von Persien und der UNO gestifteten Preis für die besten Erfolge im Kampf gegen das Analphabetentum vergab. Damit rückte in Spanien die Problematik des Bildungsnotstands wieder in den Vordergrund. Über eine Million junge Spanier zwischen sechs und 14 Jahren haben keine Chance, eine Schule von innen zu sehen - mit diesen beunruhigenden Zahlen wartete der spanische Abgeordnete Fernández Cantos auf und fand: Von den 27.000 Schulen, die zwischen 1964 und 1967 hätten gebaut werden sollen, wurden nur 9.000 errichtet. Zwei von drei geplanten und benötigten Schulen blieben ungebaut.

Die Madrider Zeitung "Diario SP" rechnete weiter: Hätte der Staat dem "faulen Unternehmen" MATESA vor drei Jahren die Kredite gesperrt (jetzt steht MATESA vor einem riesigen Schuldenberg), dann wäre heute in Spanien kein Kind mehr ohne Volksschule - die eingesparten Gelder hätten dafür ausgereicht.

"Die Zukunft gewinnen" und den "technologisch-bildungsmäßigen Rückstand aufholen" ist auch für Spanien eine ernste Aufgabe, nicht nur ein Schlagwort. Wie wenig sie gelöst ist, zeigt eine Übersicht der Militärbehörden, die jetzt die Agentur "Europa Press" veröffentlicht. "Durchschnittlich elf Prozent unserer Rekruten", heißt es in dieser Analyse des Entsetzens, "sind völlige Analphabeten."

Von den 181.000 Rekruten des Jahrgangs 1968 waren 18.200 Analphabeten und 65.370 hatten die Volksschule nicht abgeschlossen. Was dies heißt bei einem sich steigenden Tempo der Industrialisierung, kann sich jeder Fachmann ausmalen, ohne als Schwarzseher zu gelten.

Zur Ehre der spanischen Streitkräfte muß gesagt werden: Sie versuchen, den Krebschaden zu beheben, für den eigentlich die ganze Gesellschaft verantwortlich ist. Fast 98 Prozent dieser Analphabeten verließen die Kaserne mit einer guten Ausbildung in Lesen, Schreiben und Rechnen. Bei den "abgebrochenen" Volksschülern war das Bild weniger rosig: Nur 24.000 konnten während ihrer einjährigen Dienstzeit die Volksschule mit Erfolg nachholen. Ganz anders sieht es aus bei den jungen Wehrpflichtigen, die bereits eine höhere Schule besucht hatten und beim Militär ihr Reifezeugnis erwarben. Da gab es kaum Versager, denn sie waren an den Umgang mit Bleistift und Papier gewöhnt. Wer nie in seinem Leben einen Bleistift sah, wird schwerer seinen Willen zum Erwerb einer guten Allgemeinbildung wecken. Die Analphabeten benötigen den Militärlehrern zufolge "eine ganz besondere Erziehung", um sie bildungswillig zu machen. Die Armee kann naturgemäß nicht alle Versäumnisse der Gesellschaft reparieren, in der die Schule noch heute als ein lukratives Geschäft betrieben und nicht als grundlegende nationale Aufgabe empfunden wird.